

(Vizepräsident Spitz.)

(A) prüfen, ich kann aber auch nicht annehmen, daß sie aus den Fingern gesogen sind, so möchte ich die Herren von der Sozialdemokratie doch davor gewarnt haben, zu glauben, mit der Befürwortung des Streiks und der Beseitigung aller Hindernisse bei ihnen der Arbeiterwelt zu nützen. Ich glaube vielmehr, man wird, durch die Erfahrung belehrt, nur in äußerst seltenen Fällen von dem Streik Gebrauch machen dürfen, wenn man in der Tat das Wohl der Arbeiter fördern will.

Die Zeit ist bereits so vorgerückt, daß ich Bedenken trage, Sie noch weiter mit meinen Darlegungen in Anspruch zu nehmen. Ich möchte aber doch nicht schließen, ohne der Königlichen Staatsregierung für die Stellung, die sie in der vorliegenden Frage eingenommen hat, auch im Sinne meiner Fraktionsgenossen unsere dankende Anerkennung auszusprechen. Wir danken insbesondere dem Herrn Justizminister, daß er den Grundsatz aufgestellt hat, daß eine rasche und straffe, dabei aber gerechte Justiz das einzige ist, was angezeigt erscheint, und ich danke dem Herrn Minister des Innern, daß er schon jetzt gegenüber dem nationalliberalen Antrage auf Einführung besonderer Vollzugsorgane keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Regierung in der weiteren Verfolgung dieses Antrags kein Mittel erblickt, um den vorliegenden Übelständen wirksam entgegenzutreten. Und wenn

(B) der Herr Staatsminister des Innern auch nicht so weit gegangen ist, den Weg, der speziell von der konservativen Seite durch den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Böhme vorgeschlagen worden ist, in seinen Einzelheiten zu billigen, so glaube ich doch, aus der betreffenden Erklärung des Herrn Staatsministers so viel entnommen zu haben, daß, gestützt auf das Vorgehen des Herrn Reichskanzlers, auch die Staatsregierung Sachsens beim Bundesrate ihre Wirksamkeit dahin richten wird, daß gesetzgeberische Maßnahmen zu dem Zwecke erwogen werden, den bestehenden Mißständen abzuhelpfen. Geschieht dies, so können wir annehmen, daß mit einem derartigen Vorgehen die Interessen der Industrie in der Tat entsprechend geschützt und gewahrt werden.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

**Abgeordneter Brodauf:** Geehrte Herren! Die Ausführungen der Debatteredner geben mir Veranlassung, noch in Kürze das Wort zum zweiten Male zu nehmen.

Zunächst möchte ich mich gegen die Ausführungen des Herrn Kollegen Winkler wenden, der in einer Weise, die in ihrem Tone lebhaft an sozialdemokratische Volksver-

sammlungen erinnerte, schlechtlin die bürgerlichen Parteien alle in einen Topf geworfen hat. Er hat u. a. behauptet, die bürgerlichen Parteien und die Regierung erklärten, die Scharfmacherei immer weiter betreiben zu wollen. Ich muß mich im Namen meiner politischen Freunde ganz entschieden dagegen verwahren, daß wir eine derartige Erklärung abgegeben hätten oder daß Scharfmacherabsichten aus unseren Ausführungen zu entnehmen wären. Gerade die Debatte in der vorliegenden Interpellation hat wieder einmal gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien hier nicht einig sind, sondern daß da tiefgreifende Unterschiede in der Auffassung der Frage bestehen. Im übrigen möchte ich auch sagen, daß man kaum von den Ausführungen der Regierung wird behaupten können, daß sie die Scharfmacherei hätte weiter betreiben wollen. Die Ausführungen der Regierung zu der Frage waren doch wesentlich objektiver, sachlicher und zurückhaltender als die der Mehrzahl der konservativen Redner in der vorliegenden Frage. Ich habe im Namen meiner politischen Freunde erklärt, daß wir einen weiteren gesetzlichen Schutz für die Arbeitswilligen ablehnen, weil wir den gegenwärtigen Schutz für genügend halten. Insofern hatte ich mich also im Sinne der äußersten Linken geäußert. Aber trotzdem hat der Herr Kollege Dr. Schanz unrecht, wenn er vorhin ausgeführt hat, ich hätte genau so gesprochen wie die äußerste Linke. Da hat er vollkommen ignoriert einmal meine Ausführungen über den sozialdemokratischen Terrorismus; er hat dann vollständig ignoriert meine Ausführungen gegen den ungerechtfertigten sozialdemokratischen Vorwurf einer Klassenjustiz, und er hat dann zuletzt vollständig ignoriert, daß ich erklärt habe: Die Frage, ob die gewerbliche Freiheit gegenwärtig gegen Boykott genügend geschützt ist, ist allerdings anders zu beurteilen; der Schutz der Arbeitswilligen ist da, aber der Schutz gegen gewerblichen Terrorismus läßt hier und da zu wünschen übrig. Und ich habe ausgeführt, daß diese Frage zu regeln ist bei der Reform des Strafgesetzbuches, wenn da die allgemeinen Paragraphen über Erpressung, Nötigung und Bedrohung der notwendigen Revision unterzogen werden.

(Abgeordneter Koch: Sehr richtig!)

Es ist dann auch nicht wahr, was der Herr Abgeordnete Dr. Schanz behauptet, ich hätte für meine Ausführungen den Beifall der Linken gehabt. Das ist in dieser Allgemeinheit eine wissentliche Verdrehung, für die Agitation nach außen hin berechnet. Den Beifall der Linken habe ich nur bei den Stellen meiner Ausführungen gehabt, in denen ich über den agrarischen Terrorismus sprach.